

**Nie wieder rechter Terror in Deutschland!**

**Rechtsextremismus engagiert bekämpfen**

Die von der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ verübten Morde zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. Ihre lückenlose strafrechtliche Aufklärung ist die erste Pflicht und ein wichtiges Zeichen für die Angehörigen der Opfer sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes. Die Terrorakte sind ein Angriff auf unser Gemeinwesen und unsere Demokratie. Tatsache ist: Eine rechtsterroristische Zelle konnte über Jahre hinweg eine Mordserie begehen, ohne aufzufallen. Wir müssen wissen, was schiefgelaufen ist. Das Versagen des Verfassungsschutzes muss rückhaltlos aufgeklärt werden.

Der rechtsextremistische Terror ist ein Weckruf: Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe. Wie in kaum einem anderen Bereich geht es vor allem um Prävention. Das kann der Staat nicht alleine. Er ist auf zivilgesellschaftliche Organisationen und auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gemeinsam müssen wir dem Hass der Rechtsextremen jeden Tag aufs Neue den Mut und die Kraft der Demokraten entgegensetzen.

**Inhalt**

- 1. Rechtsextremismus in Deutschland ..... 2**
- 1.1 Das rechtsextremistische Potenzial..... 2
- 1.2 Straftaten und Gewaltbereitschaft ..... 3
- 1.3 Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung ..... 5
- 2. Die rechte Gefahr: unterschätzt und bagatellisiert..... 7**
- 3. Kein weiter so – mehr Engagement gegen rechts!..... 9**
- 3.1 Den Angehörigen der Opfer Solidarität erweisen ..... 9
- 3.2 Die Verbrechen lückenlos aufklären ..... 10
- 3.3 Rechtsextremismus bekämpfen und vorbeugen ..... 10

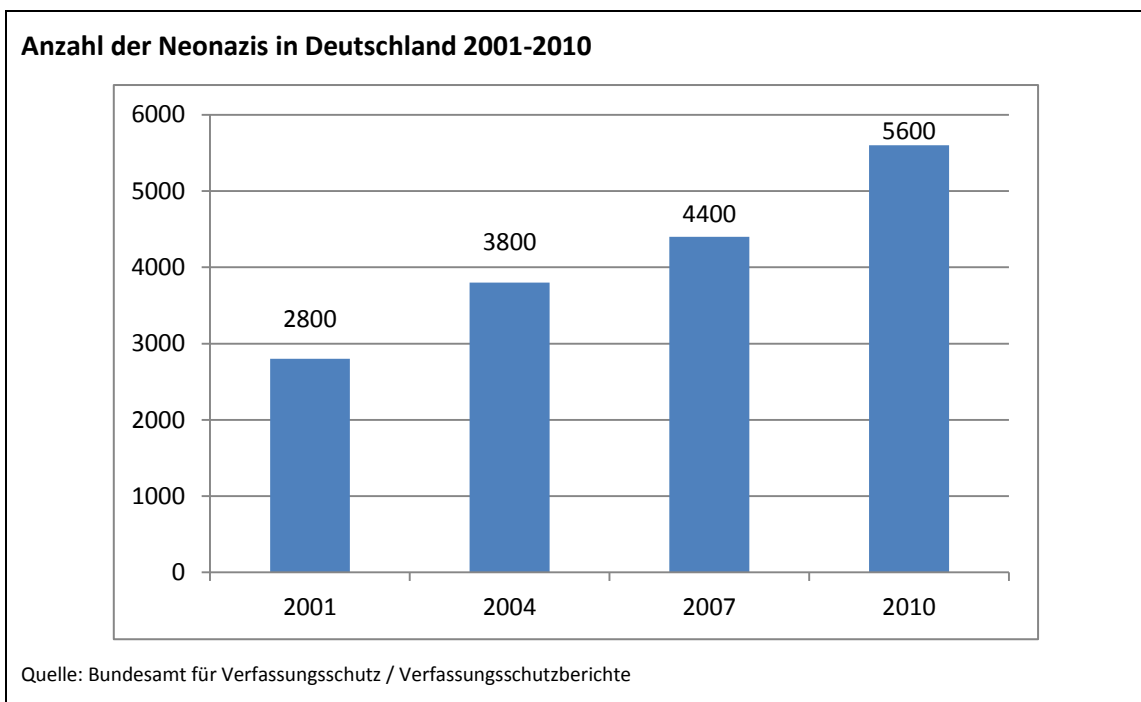
# 1. Rechtsextremismus in Deutschland

Rechtsextremismus ist in Deutschland keine Randerscheinung. Von großen Teilen der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet sind Strukturen entstanden, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung in Frage stellen. Der Rechtsextremismus durchdringt in etlichen Regionen die Alltagskultur und bedroht die Zivilgesellschaft.

**Die Statistik des Bundesamtes für Verfassungsschutz weist für die letzten Jahre zwar eine abnehmende Zahl an Personen aus, die insgesamt dem rechtsextremistischen Milieu zugerechnet werden. Allerdings konstatieren die Verfassungsschützer sowohl eine steigende Zahl von Neonazis als auch eine Zunahme der rechtsextremistischen Gewaltbereitschaft. Hinzu kommt, dass rechtsradikale Einstellungen Studien zufolge bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zu beobachten sind.**

## 1.1 Das rechtsextremistische Potenzial

- **Die Zahl der Neonazis ist in den letzten zehn Jahren gestiegen.** Zwischen 2001 und 2010 hat sie sich von 2.800 auf rund 5.600 verdoppelt.<sup>1</sup>



- **Die in Parteien organisierte extreme Rechte findet immer wieder Zuspruch bei Wahlen – vor allem auf lokaler, aber auch auf Landesebene:** Die NPD als mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei ist in Mecklenburg-Vorpommern (5 Sitze) und Sachsen (8 Sitze) in den Landtagen

<sup>1</sup> „Neonazis streben als Gegenentwurf zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung einen ethnisch homogenen, diktatorischen Staat an. (...) Menschen anderer Ethnien bewerten Neonazis als Bedrohung für den Fortbestand des eigenen Volkes. Sie streben daher eine „Volksgemeinschaft“ unter Ausschluss von Menschen fremder Kulturen an, in der sich das Individuum dem vorgegebenen Gesamtwillen unterzuordnen hat. Die Rechte des Einzelnen, Meinungsfreiheit und Pluralismus sollen in der von Neonazis angestrebten Gesellschaftsordnung keinen Bestand haben.“ BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 61.

vertreten. Zudem hat sie bundesweit rund 330 Kommunalmandate.<sup>2</sup> Besonders hohen Zuspruch (teilweise um 10 Prozent oder 20 Prozent) erhielt die NPD in den letzten Jahren bei Kommunalwahlen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und im Saarland.<sup>3</sup> Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2011 scheiterte sie mit 4,6 Prozent nur knapp an der 5-Prozent-Hürde.

- **Jenseits von Parteistrukturen hat sich ein heterogenes Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Kameradschaften gebildet, das sich staatlicher Kontrolle zunehmend entzieht.** Aus aktionistischen Flügeln von Parteien haben sich – teilweise terroristisch agierende – neonazistische Kampftruppen entwickelt. In lokal verankerten Kameradschaften schließen sich Personen in losen Netzwerken zusammen. Etwa 150 regional und überregional agierende Kameradschaften gibt es heute. Die „Freien Kameradschaften“ oder deren regionale Einheiten, die „Aktionsbündnisse“, sehen sich als Teil eines „nationalen Widerstands“, einer „rechtsradikalen Einheitsfront“. Vielfach sind sie auch für gewalttätige Übergriffe und für die Etablierung sogenannter „Angstzonen“ („no go areas“) verantwortlich. Da sich die „Kameradschaften“ mit ihren losen, „autonomen“ Strukturen staatlicher Repression zum Teil entziehen, wurden erst wenige verboten (etwa die „Kameradschaft Oberhavel“ und die Skinhead-Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“). Als neue Gruppierung haben sich in den letzten zehn Jahren die neonazistischen „Autonomen Nationalisten“ bundesweit ausgebreitet (2010: 1.000 Mitglieder).<sup>4</sup> Laut Verfassungsschutzbericht gab es Ende 2010 in Deutschland 219 (2009: 195) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse.<sup>5</sup>
- **Neben organisierten Strukturen gibt ein weiteres Phänomen Anlass zu Sorge: rechtsradikal geprägte Jugendliche ohne konkrete Gruppenzugehörigkeit.** Ein breites Angebot an rechtsradikaler Musik, Kleidung, modischen Accessoires und Codes wirkt auf eine zahlenmäßig schwer bestimmbar Zahl an Jugendlichen anziehend. Sie können noch nicht zum harten ideologischen Kern gezählt werden. Aber ihre Faszination für die rechtsextreme Subkultur macht sie leichter empfänglich für die Propaganda rechter Gruppen.<sup>6</sup>

## 1.2 Straftaten und Gewaltbereitschaft

- **Das rechtsextreme Gewaltpotenzial nimmt zu.** Bereits 2009 warnte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm vor einer „Dominanz gewaltbereiter Gruppen im Rechtsextremismus“.<sup>7</sup> Der Verfassungsschutzbericht 2010 stellt fest: „Insgesamt lässt sich ein Anstieg des Gewaltpotenzials sowie der Bereitschaft, Gewalt auch zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele einzusetzen, beobachten. (...) Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung unter Anhängern der ‚Autonomen Nationalisten‘.“<sup>8</sup> Das Potenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten wird vom Verfassungsschutz auf rund 9.500 Personen (2010) geschätzt.

<sup>2</sup> Vgl. BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 4.

<sup>3</sup> Vgl. Schellenberg, Britta: Die radikale Rechte in Deutschland: Sie wird verboten und erfindet sich neu, in: Schellenberg, Britta / Langenbacher, Nora (Hrsg.): Europa auf dem 'rechten' Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011, S. 59-83, hier S. 67.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 69ff.

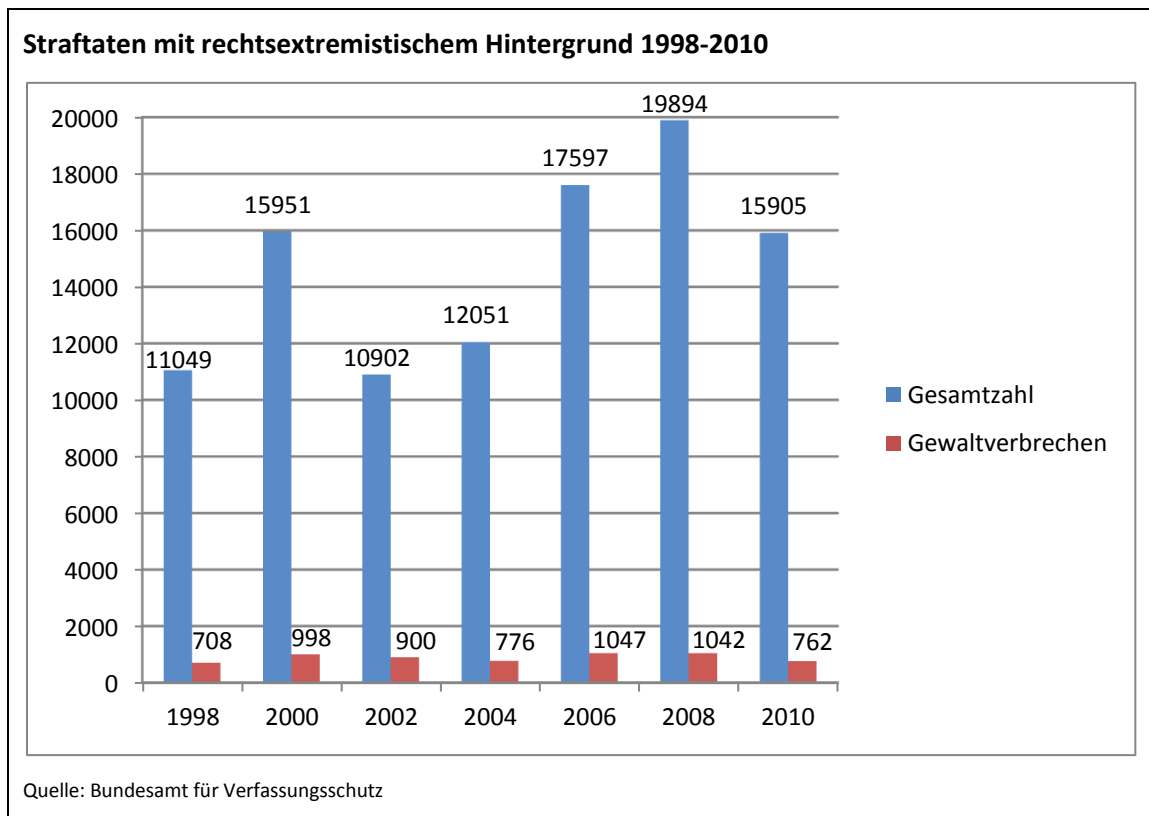
<sup>5</sup> Vgl. BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 54.

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 71f.

<sup>7</sup> Zit. nach Tagesspiegel, 23.11.2009

<sup>8</sup> BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 55.

- Die Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten ist in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts nach einem vorübergehenden Rückgang wieder gestiegen.** Bereits nach der Wende 1989/90 nahm in Deutschland die Anzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten drastisch zu. Im Jahr 2010 erfasste das Bundeskriminalamt 15.905 rechtsextremistische Straftaten, darunter 762 Gewalttaten. Damit kommt es in Deutschland täglich zu durchschnittlich zwei bis drei gewaltsamen rechtsextremistischen Übergriffen. Die Wahrscheinlichkeit, in den neuen Bundesländern Opfer rechtsradikaler Gewalt zu werden, ist drei bis vier Mal so hoch wie im Westen. 37,4 Prozent (285) der 2010 erfassten rechtsextremistischen Gewalttaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund.<sup>9</sup>



- Nach Recherchen der „Zeit“ und des „Tagesspiegel“ starben zwischen 1990 und 2009 insgesamt mindestens 137 Menschen durch rechte Gewalt** – etwa dreimal so viele, wie die offiziellen Statistiken ausweisen. Bei 14 weiteren Toten lag der Verdacht einer rechten Gewalttat zwar nahe, letzte Zweifel konnten aber nicht ausgeräumt werden.<sup>10</sup> Die Amadeu-Antonio-Stiftung geht sogar von 182 Todesopfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990 aus.<sup>11</sup> Tatsache ist: Keine andere Form der extremistischen Gewaltbereitschaft hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr Todesopfer in Deutschland gefordert.

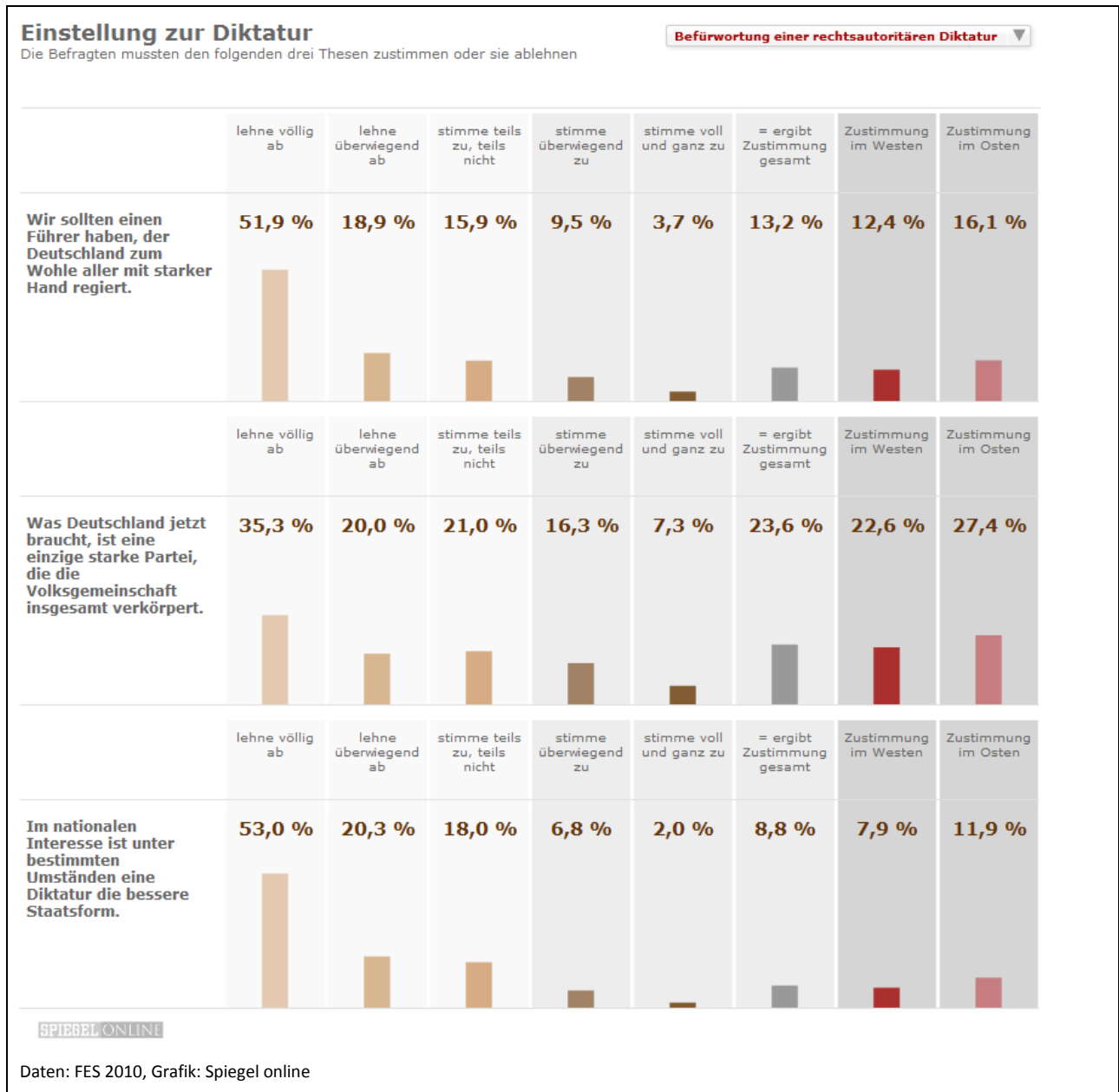
<sup>9</sup> Vgl. BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 37.

<sup>10</sup> Vgl. Die Zeit, 16.09.2010; Tagesspiegel, 16.09.2010, Tagesspiegel, 28.09.2010.

<sup>11</sup> <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/jahrelange-verharmlosung-rechtsextremismus/>

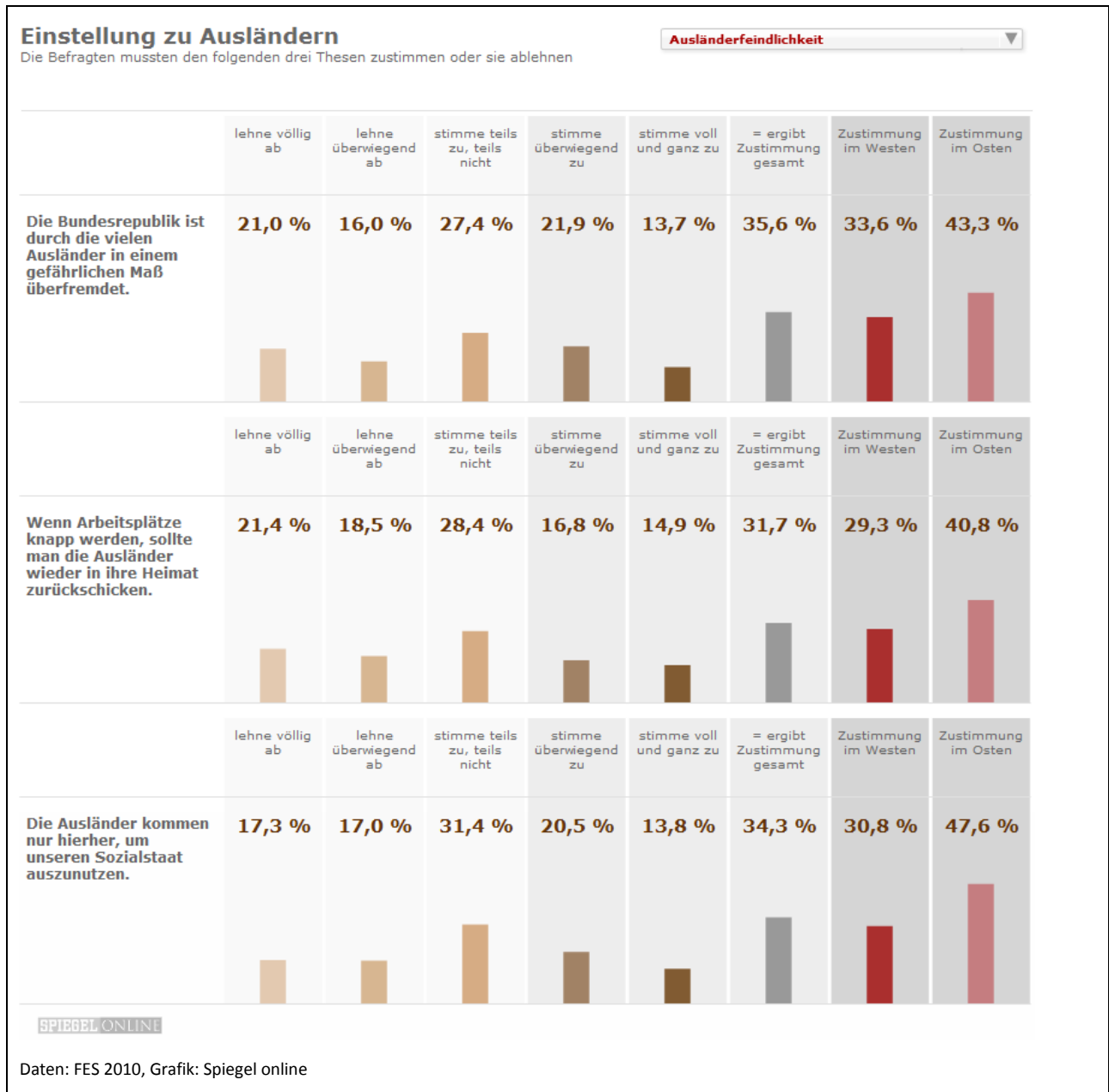
### 1.3 Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung

- Rechtsextreme bzw. rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung sind erschreckend weit verbreitet und umfassen sämtliche Bevölkerungsgruppen.** Nach einem kontinuierlichen Rückgang seit 2002 ist der Anteil rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung 2010 sogar erstmals wieder gestiegen.<sup>12</sup> Zustimmungsraten von bis zu einem Drittel zu diktaturbejahenden, chauvinistischen, ausländergefeindlichen, antisemitischen beziehungsweise sozialdarwinistischen Aussagen belegen, dass rechtsextreme Einstellungen keine Randphänomene sind, sondern sich in der Mitte der Gesellschaft festgesetzt haben.



<sup>12</sup> Vgl. „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“, Friedrich-Ebert-Stiftung

- **Etwa 8,2 Prozent der Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.** Ein Viertel stimmt der Aussage zu, Deutschland brauche eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Jeder achte wünscht sich einen Führer, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“



- **Mehr als jeder dritte Deutsche findet, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist.** Zudem ist ein zunehmender anti-muslimischer **Rassismus festzustellen**.<sup>13</sup> Ungeachtet des mit fünf Prozent eher geringen Anteils von Muslimen an der Bevölkerung stimmen 46 Prozent der Deutschen der Aussage zu, es gebe „zu viele Muslime in Deutschland“. Auch die Zustimmungswerte zu antisemitischen Äußerungen sind mit 15 Prozent weiterhin hoch.

<sup>13</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), „Deutsche Zustände“, 2010

## 2. Die rechte Gefahr: unterschätzt und bagatellisiert

Dass rechtsextreme Gewalt eine akute Gefahr ist und rechtes Gedankengut sich in der Gesellschaft ausbreitet, ist nicht zu übersehen. **Trotzdem wurden Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland über viele Jahre systematisch unterschätzt, wenn nicht gar verharmlost und bagatellisiert. Teile der Sicherheitsbehörden und manche konservative Politiker sehen auf dem rechten Auge schlechter.**

- **Die Verbindung zwischen den Morden der Zwickauer Terrorzelle blieb offenbar auch deswegen unerkannt, weil rassistische Motive nur unzureichend erwogen wurden.** Es wurde im persönlichen Umfeld der Opfer ermittelt. Angehörige wurden verdächtigt. Es wurde über Beziehungstaten oder organisierte Kriminalität spekuliert. Heribert Prantl erinnert „diese Fehlbeurteilung (...) an die achtziger und neunziger Jahre, als Ausländerwohnheime brannten. Viele Ermittler dachten damals erstens ‚Kurzschluss‘, zweitens ‚Zigarette‘ und drittens: ‚Die bringen sich ja gegenseitig um.‘“<sup>14</sup> Für die Angehörigen war das unerträglich, für die Aufklärung fatal. Es ist schockierend und ein unfassbares Desaster für die deutschen Sicherheitsbehörden, dass es einer rechtsextremen Terror-Bande so gelingen konnte, in Deutschland über 10 Jahre lang unbehelligt Morde zu begehen.
- **Mit Blick auf rechtsextreme Gewalt wurde meist von Einzeltätern gesprochen, rechtsterroristische Aktivitäten galten als ausgeschlossen.** Vertreter von Polizei und Verfassungsschutz haben Parlamentariern immer wieder gesagt, dass es gewaltbereite Extremisten gibt, dass aber keine Verdichtung hin zum Terrorismus drohe. Auch in dem Mitte 2011 vorgestellten Verfassungsschutzbericht des Bundes heißt es lapidar: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.“<sup>15</sup>

Insider überrascht es kaum, dass sich diese Einschätzungen jetzt als Fehleinschätzungen herausstellen: „Nach zehn Jahren der Recherche und verdeckten Dreharbeiten in der rechten Szene, erstaunt einen die Entlarvung der Zwickauer Zelle nur bedingt“ schreibt ein Journalist, der seit Jahren in der europäischen Neonazi-Szene recherchiert.<sup>16</sup>

**Manche konservativen Politiker übernahmen die Fehleinschätzungen trotzdem nur allzu bereitwillig – dienten sie doch in der politischen Auseinandersetzung dazu, die rechte Gefahr zu herunterzuspielen und gegenüber Linksextremismus und Islamismus zu relativieren.**

- **Beispiel Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU):** Kaum im Amt, erklärte er: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“. Im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stand denn auch von Beginn an die islamistische Terrorgefahr. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erschien bei ihm dagegen eher wie ein nebenbei zu absolvierendes Pflichtprogramm. Rechtsextremistische Tendenzen in der Gesellschaft bagatellisierte er: „Ich maße mir da keine Erklärung an. Ich weiß nur, dass diejenigen, die bei Wahlen allzu sorglos mit ihrer Stimme umgehen, meist gar nicht wissen, welches schädliche Signal sie aus ihrer Heimat nach außen senden. Sie wollen mit einem Kreuz bei einer rechtsextremen Partei sagen: Denen zeig‘ ich’s mal. Stattdessen schrecken sie Menschen ab, die die betreffende Region als Touristen besuchen wollen oder vielleicht so-

<sup>14</sup> Süddeutsche Zeitung, 14.11.2011.

<sup>15</sup> BMI 2011: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 57.

<sup>16</sup> Süddeutsche Zeitung, 18.11.2011.

gar dort leben, arbeiten oder investieren wollen.“ Nach den rechtsextremistischen Terroranschlägen in Norwegen im Juli 2011 erklärte Friedrich, in Deutschland gebe es „keine Anzeichen für rechtsterroristische Aktivitäten“. Die Anschläge zeigten die Gefahr, die von fanatischen Einzeltätern ausgehe.<sup>17</sup>

- **Beispiel Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU):** Die Bagatellisierung der rechtsextremistischen Gefahr und ihre Relativierung gegenüber Linksextremismus, Islamismus und vermeintlicher „Deutschenfeindlichkeit“ zieht sich wie ein roter Faden durch die öffentlichen Äußerungen der ehemaligen Extremismusbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Obwohl 2005 die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent gestiegen war, machte sich Schröder schon damals für Kürzungen der staatlichen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechtsextremismus stark: „Es gibt ein Sparpotenzial bei diesen Projekten,“ erklärte sie 2006.<sup>18</sup> Man müsse „schon genauer hinschauen“, bagatellierte sie in einer Rede im Bundestag die rechte Gewalt: Schließlich seien von den 15.000 im Jahr 2005 vom Verfassungsschutz registrierten, rechtsextremistischen Straftaten „nur 6 Prozent Gewalttaten“. Der Rest seien lediglich „Propagandadelikte, zum Beispiel Hakenkreuzschmierereien.“<sup>19</sup>

Als Schröder 2009 überraschend Bundesfamilienministerin und damit für die Förderung der Programme gegen rechts zuständig wurde, kündigte sie als erstes an, die Programme auf den Prüfstand zu stellen und sie auch auf den Linksextremismus und den so genannten islamistischen Extremismus auszurichten. Die Opposition, Vertreter gesellschaftlicher Initiativen, aber beispielsweise auch das Bundeskriminalamt warnten angesichts der rechtsextremen Gewalt davor, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu reduzieren, wie es bei einer Umwidmung eines Teils der Gelder in Programme gegen Linksextremismus der Fall gewesen wäre. Nur durch den massiven öffentlichen Druck beugte sich Schröder am Ende und stellte für die Bekämpfung anderer Extremismusarten zusätzliches Geld bereit. Im Haushalt 2012 soll nun die zur Verfügung stehende Gesamtsumme für die Anti-Extremismus-Programme um zwei Millionen Euro gekürzt werden – angeblich durch Einsparungen bei der Verwaltung des Programms.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Manche Politiker und Teile der Sicherheitsbehörden haben sich offenbar den Blick darauf verstellen lassen, dass die rechtsextremistischen vernetzten Strukturen das Potenzial haben, jederzeit in Gewalt und Terrorismus umschlagen zu können. „Mörderische rechte Terroristen (...), die nicht dumpf mit dem Baseballschläger losdreschen, sondern professionell im Untergrund agieren – das war nicht Gegenstand der politischen Fantasie.“<sup>20</sup>

#### Und was geschah nach dem Bekanntwerden der rechtsterroristischen Mordserie?

- **Bundesinnenminister Friedrich** tauchte erst einmal ab, als die Öffentlichkeit vor gut einer Woche von den rechtsterroristischen Morden erfuhr – und erntete damit selbst im eigenen Lager Kritik: „Wo ist eigentlich der Bundesinnenminister“, fragten sich an jenem Wochenende nicht gerade unbedeutende CDU-Politiker bei ihrem Parteitag in Leipzig. Friedrich folgte mit einer etwas verdrucksten Stellungnahme am Sonntag.<sup>21</sup> Die FAZ berichtet, Innenpolitiker von CDU

<sup>17</sup> <http://souciant.com/2011/07/oslo-to-berlin/>

<sup>18</sup> Zit. nach taz, 28.04.2006.

<sup>19</sup> Schröder am 09.11.2006 im Bundestag.

<sup>20</sup> Heinrich Wefing in: Die Zeit, 17.11.2011.

<sup>21</sup> Süddeutsche Zeitung, 19.11.2011.

und CSU hätten sich tagelang darum bemüht, Friedrich „die Dimension der Ereignisse zu vermitteln und ihn zu entschlossenem, konzeptionell unterlegtem Handeln zu bewegen.“<sup>22</sup> Inzwischen gesteht Friedrich mit Blick auf den Rechtsextremismus immerhin ein: „Es sieht so aus, als ob die Strukturen doch größer sind, als wir uns das vorgestellt haben.“<sup>23</sup> „Wir müssen davon ausgehen, dass es rechtsextremistischen Terror in Deutschland gibt.“<sup>24</sup>

- **Bundesfamilienministerin Schröder** relativiert die rechte Gefahr dagegen trotz weiter („Dieses ewige Aufrechnen bringt uns keinen einzigen Millimeter weiter“<sup>25</sup>), lehnt eine Stärkung der Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus rundheraus ab<sup>26</sup> und wirft Kritikern vor, „traurigerweise genau denen in die Hände [zu spielen], die unserer Demokratie schaden wollen.“<sup>27</sup> Widerspruch erntet auch sie sogar aus den eigenen Reihen: Die Anti-Rechts-Programme müssten überprüft und ausgebaut werden, forderte vergangene Woche beispielsweise der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller.<sup>28</sup>

### 3. Kein weiter so – mehr Engagement gegen rechts!

Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus. Die rechtsextremistische Terrorserie ist ein unmissverständlicher Weckruf: Die Gefahr des Rechtsextremismus muss ernst genommen werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss wieder zu einer zentralen Aufgabe aller demokratischen Kräfte werden. Die Täter zielen auf die freiheitliche Gesellschaftsordnung. Die müssen und werden wir verteidigen. So falsch es wäre, jetzt in symbolischen Aktionismus zu verfallen, so falsch wäre es, rechtsextremistische Demokratieverachtung, Menschenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft weiter zu unterschätzen. Gefragt sind Besonnenheit und Entschlossenheit gleichermaßen.

**Drei Aufgaben stehen an: Wir müssen den Angehörigen der Opfer die Solidarität des Staates und der ganzen Gesellschaft zeigen. Wir müssen die Verbrechen und die Rolle der Sicherheitsbehörden lückenlos aufklären. Und wir müssen den Kampf gegen Rechtsextremismus sowohl polizeilich als auch gesellschaftspolitisch entschlossen führen.**

#### 3.1 Den Angehörigen der Opfer Solidarität erweisen

Die Morde gehören zu den abscheulichsten Verbrechen, die wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Es ist beschämend, dass der Staat nicht in der Lage war, den Ermordeten vor diesen Terroristen Schutz zu bieten. Es sind Menschen zu Opfern geworden, die zu uns gehörten. Die Verwandten und Hinterbliebenen erwarten zu Recht die Solidarität unserer Gesellschaft. Es bedarf einer Geste des Staates, die deutlich macht, dass wir alle die Trauer dieser Menschen teilen und sie nicht alleine sind.

Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen. Ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind. Die Würde

---

<sup>22</sup> FAZ, 19.11.2011.

<sup>23</sup> Zit. nach dpa, 19.11.2011.

<sup>24</sup> Zit. nach Süddeutsche Zeitung, 17.11.2011.

<sup>25</sup> Zit. nach Badische Zeitung, 19.11.2011.

<sup>26</sup> Vgl. Rheinische Post vom 15.11.2011.

<sup>27</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>28</sup> Vgl. dapd, 14.11.2011.

des Menschen ist unantastbar, so steht es in unserem Grundgesetz. Die kaltblütigen Terrorakte sind ein Angriff auf uns alle, auf unser Gemeinwesen, auf unsere Demokratie.

### 3.2 Die Verbrechen lückenlos aufklären

Wir fordern eine vollständige Aufklärung der Morde. Die Täter und Helfer müssen bestraft werden. Die Rolle deutscher Sicherheitsbehörden muss schonungslos offengelegt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig.

Wir müssen uns fragen, was bei der Aufklärung schief gegangen ist. Immerhin standen die mutmaßlichen Täter schon in den neunziger Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Der Thüringer Verfassungsschutz hatte 24 Aktenordner, aber keine Ahnung. Tatsache ist, dass eine rechtsterroristische Zelle über Jahre hinweg eine Mordserie begehen konnte und überhaupt nicht auffiel.

Wer einen Blick wirft auf den hessischen Verfassungsschutz im Jahr 2006 und auf den Verfassungsschutz in Thüringen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wirft, der gewinnt den Eindruck, dass dort problematische Zustände geherrscht und zweifelhafte Personen gearbeitet haben. Dies muss aufgeklärt werden. Es ist gut, dass das Bundeskriminalamt die Ermittlungen übernommen hat. Das Vertrauen in den Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Eine öffentlich sichtbare Aufarbeitung der Mordserie ist daher angezeigt.

### 3.3 Rechtsextremismus bekämpfen und vorbeugen

Wir müssen dem Hass der Rechtsextremen den Mut und die Kraft der Demokraten in diesem Land entgegensetzen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss auf allen Ebenen konsequent geführt werden. Dazu gehört, auf rechtsextremistische Aktivitäten mit Mitteln der Strafverfolgung entschieden zu reagieren. Dazu gehört aber vor allem auch, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit präventiv und nachhaltig zu bekämpfen. Das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

- **Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden müssen verbessert werden.** Eine Wiederholung der Verkettung von Unkenntnis, Untätigkeit und Fehleinschätzung muss für die Zukunft ausgeschlossen werden. Die Vertrauenskrise muss Konsequenzen für die Arbeit von Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz haben. Die Beschlüsse der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern, Rechtsextremisten in einer zentralen Datei zu erfassen und ein „Abwehrzentrum Rechts“ unter Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamts einzurichten, sind Schritte in die richtige Richtung. Sie können helfen, gemeinsam drohende Gefahren früher zu erkennen. Dabei sind die Grundrechte und das Trennungsgebot zu wahren.
- **Das Verbot der NPD muss kommen – völlig unabhängig von der Mordserie.** Die NPD scheint zwar nicht unmittelbar in die aktuellen Fälle verwickelt zu sein. Aber sie bietet Rechtsextremisten ein geistig-ideologisches Umfeld. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, antidemokratische, in Teilen gewaltbereite Partei. Sie ist rassistisch und antisemitisch. Es ist unerträglich, dass die NPD ihre braune Propaganda verbreiten darf und dafür auch noch Steuergelder bekommt. Solange diese Partei legal operieren kann, wird sie gewaltbereiten rechtsextremen Kameradschaften immer wieder Rückhalt bieten. Auch wenn ein NPD-Verbot allein nicht alle Probleme des Rechtsextremismus in Deutschland löst, wäre es doch ein klares Signal der Äch-

tung menschenverachtender Gesinnung durch den demokratischen Staat. Deshalb muss das Verbot der NPD noch einmal auf die Tagesordnung. Dabei ist klar, dass ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gründlich vorbereitet werden muss. Die Innenminister von Bund und Ländern müssen sich auf einen Masterplan verständigen. Dazu gehört auch ein Zeitplan für den geordneten Abzug der verbliebenen V-Leute aus Funktionen in der NPD.

- **Der Einsatz von V-Leuten muss neu bewertet werden.** V-Leute können wichtig sein, um Gefahren frühzeitig zu erkennen. Aber es gibt deutliche Hinweise darauf, dass der Einsatz von V-Leuten teilweise nicht zu mehr Sicherheit geführt hat, sondern die Vielzahl an V-Leuten in der rechtsextremen Szene sogar das Gegenteil bewirken kann. Wenn V-Leute in der Führungsstruktur einer Organisation stark vertreten sind, fragt sich am Ende, wer hier gerade tätig ist: die rechtsextreme Organisation oder die vom Staat bezahlten Informanten. Deshalb wollen wir das System der V-Leute neu überdenken. Die Vorbereitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht ist dafür ein guter Anlass.

Klar ist aber auch: Man kann den Rechtsextremismus nicht nur mit Verboten, Polizei und Verfassungsschutz erfolgreich bekämpfen. Mindestens ebenso wichtig ist es, präventiv und aufklärend zu wirken, die gesellschaftlichen Bindekräfte zu stärken und Rechtsextremen keine Räume zu geben, in die sie eindringen können. Das kann der Staat nicht allein. **Deshalb muss die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Wir sind überzeugt: Die Stärkung der Demokratie und der engagierten Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz.**

**Um die rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen, wollen wir insbesondere die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft und verlässlich unterstützen.** Die Programme haben zum Aufbau lokaler Strukturen beigetragen und zeigen Wirkung. Bürgerinnen und Bürger verteidigen die Demokratie gegen Neonazis: Im persönlichen Gespräch, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in den Kommunalparlamenten und nicht zuletzt auch zunehmend bei Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche. Ohne die Opferberatungen, Mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in vielen Regionen auf verlorenem Posten.

- **Die Mittel für die Programme gegen Rechtsextremismus müssen kurzfristig aufgestockt werden.** Wir fordern, die veranschlagten Mittel für die Extremismusprävention insgesamt von 27 auf 30 Millionen Euro im Jahr 2012 zu erhöhen. 19 Millionen Euro sind für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie vorzusehen. Für die Förderung von Beratungsnetzwerken setzen wir 8 Millionen Euro an. Maßnahmen gegen Linksextremismus und Islamismus sollen mit 3 Millionen Euro gefördert werden. Die Haushaltsansätze für die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus einerseits und gegen Linksextremismus und Islamismus andererseits müssen voneinander getrennt werden. Denn wir sind der Überzeugung, dass eine Zusammenlegung den Rechtsextremismus verharmlost, seine Analyse verschleiern und seine Bekämpfung erschwert. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt andere Mittel und andere Instrumente als die Bekämpfung anderer Extremismusformen. Die von Bundesfamilienministerin Schröder eingeführte **Extremismusklausel** ist weder sinnvoll, noch effektiv. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufstockung der Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung ein. Die von der Regierung geplante Ausgabenkürzung um 2,3 Millionen Euro muss zurück genommen und die Mittel sollen zusätzlich um 1,2 Millionen Euro erhöht werden.

- **Die Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus muss dauerhaft gesichert werden.** Viele Träger leiden unter der Kurzfristigkeit und Prekarität ihrer Finanzierung. Gelungene Modellprojekte können deshalb oft nicht langfristig etabliert werden, Organisationswissen geht verloren und qualifiziertes Personal wandert ab. Unser Ziel ist es, dauerhafte Strukturen zu fördern. Gute und etablierte Projekte müssen verlässlich unterstützt werden. Dafür muss die alljährliche Abhängigkeit vom Bundeshaushalt verringert werden. Wir brauchen eine Finanzierung, etwa auf der Basis eines Stiftungsmodells, die eine kontinuierliche Unterstützung bewährter und erprobter Arbeit gegen Rechtsextremismus sicherstellt. Darüber hinaus bedarf es eines weiteren Topfes, aus dem neue und Erfolg versprechende Programme finanziert werden. Die dreijährige Befristung der Projekte muss aufgehoben werden. Gute Projekte dürfen auch länger dauern.

**Nicht zuletzt ist es eine zentrale Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und allen jungen Menschen gute Zukunftschancen zu geben.** Dazu gehört, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu stärken und **unsere Städte und Gemeinden finanziell gut auszustatten**, so dass sie Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit wieder ausbauen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise die NPD in einer Gemeinde anbietet, den Kindergarten auf Parteikosten zu übernehmen, weil die Gemeinde kein Geld dafür hat. Es gilt, Bildung als öffentliches Gut zu stärken und alles dafür zu tun, um **allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung zu garantieren.**

Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz. Nie wieder rechter Terror in Deutschland!